Caring Communities – Sorgende Gemeinschaften

Ausgangslage:
Wir leben in einer auf Konkurrenz und Profit ausgerichteten Welt. Sorgeaufgaben werden darin nicht mitgedacht und im Wirtschaftssystem nicht abgebildet und honoriert. Frauen übernehmen immer noch einen Grossteil der Sorgeaufgaben – doch nicht mehr selbstverständlich.
Wer unbezahlte Sorgearbeit übernimmt, hat daraus gravierende finanzielle Nachteile bis ans Lebensende. Die Ökonomin Mascha Madörin beziffert den daraus für Frauen resultierenden Einkommensverlust auf 110 Milliarden Franken pro Jahr!*

Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kirchen:
Wie gestalten wir die Sorgeaufgaben für alternde, kranke und schwache Menschen, (d.h. diejenigen, die aus dem Konkurrenz- und Leistungsdenken herausfallen), für Kinder, für Natur- und Umwelt – für ein sorgfältiges, achtsames Miteinander. Und zwar ***so, dass sie nicht auf Kosten der Menschen geht, die diese Arbeiten übernehmen.***

Es geht um weit mehr als um professionelle und preislich günstige Dienstleistungen. Nämlich «um die Frage, ***wie wir miteinander wohnen, lernen, arbeiten und die Benachteiligten integrieren wollen***». (Cornelia Coenen-Marx, zit. Nach EAfA-Positionspapier S. 11).

Begrifflichkeiten
Care, Caring: Das englische Care schliesst mehr ein als das deutsche Wort **«Sorge».** Es geht dabei um Versorgung (mit Nahrung, Zuwendung, aber auch Wasser, Strom, Abwasser) und um Pflege- und Betreuungsarbeiten. To care meint aber auch: Es geht mich etwas an.
«Sorge für andere umschliesst alles, was wir tun, um unsere 'Welt' zu erhalten, fortzusetzen, zu reparieren, sodass wir so gut wie möglich in ihr leben können.» (Joan Tronto, zit. Nach EAfA-Bericht, S. 10)

Communities: Sind Gemeinden, aber auch informelle und institutionalisierte Gemeinschaften wie Nachbarschaften, Interessengemeinschaften und Kirchen und Vereine.

Ziele von Caring Communities
Die Schaffung einer Caring Community (einer sorgenden Gemeinschaft) ist ein anspruchsvolles Unternehmen für die Kirche und die Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur einen Politik-, sondern auch einen Kulturwechsel. Denn ohne grundsätzliche Veränderung in der Kultur des Zusammenlebens sind sorgende Gemeinschaften nur punktuell zu realisieren. Schließlich dürfen sich die notwendigen Veränderungen nicht nur auf die Neugestaltung des Sozialen beschränken. Denn in einer auf Konkurrenz und Profit ausgerichteten Welt wird das

Bemühen um ein solidarisches Miteinander immer wieder an Grenzen stoßen. Die Frage, wie wir die Sorgeaufgaben gestalten wollen, betrifft alle: Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sich dieser Herausforderung zu stellen und die Hindernisse auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft zu benennen, gehört zum Wächteramt der Kirche. (EAfA-Papier, S.14).

- Begegnung der Generationen fördern
- Netzwerke knüpfen
- Gute Nachbarschaft gestalten

Sorgende Gemeinschaften sind **kein Ersatz für öffentliche Sozialleistungen**! Das Konzept darf nicht als Vehikel zum Abbau von Sozialleistungen gebraucht werden. Wenn heute auf Selbstverantwortung und Eigeninitiative gepocht wird, ist daran zu erinnern, dass die Möglichkeit zu eigenverantwortlichem Handeln in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt sind (Eafa-Papier, S.7).

Notwendig ist auch eine klare Abgrenzung zum Niedriglohnsektor in der Erwerbsarbeit. Es braucht eine soziale Grundsicherung für alle Menschen – nur so sind sie auch bereit, der Gemeinschaft etwas zurück zu geben. (EAfA-Bericht, S.11)

Subsidiaritätsprinzip: Der Staat bleibt in der «Gewährleistungsverantwortung. Er muss vernetzen, für passgenaue Angebote sorgen, die Kontrolle und Evaluation von Massnahmen durchführen. Ehrenamtliches Engagement ist nicht verpflichtend und plan- oder einforderbar. Es bleibt «freier, unverfügbarer Dienst mit Eigensinn». (EAfA-Papier, S.8). Es braucht eine kommunale/staatliche Engagementsförderung und professionelle Begleitung.

Voraussetzungen: Sorgearbeit der Erwerbsarbeit gleichstellen
Sorge für andere ist auf Männer und Frauen gerecht zu verteilen.
Es braucht Grundlagen für eine fürsorgliche Praxis in Familie und Nachbarschaft, z.B. durch Vereinbarkeitsmodelle von Beruf und Pflege/Betreuung.
Der Begriff der Arbeit muss neu gedacht werden: Er umschliesst nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Sorgearbeit und bürgerschaftliches Engagement.

Warum Aufgabe der Kirchgemeinden
Grundfrage: ***Was kann die Gemeinde dem Gemeinwesen tun?*** (statt: Was tut der Gemeinde gut? (*Vgl. Mt 16.25: Denn wer sein Leben erhalten will, wird es verlieren, wer aber sein Leben verliert um meinetwillen, wird es gewinnen.)*
Einheit von Gottes- und Menschendienst, von Gottesliebe und Menschenliebe: Sich um die Menschen vor Ort kümmern.
Quelle: Sorgende Gemeinde werden. Positionspapier der EAfA zum siebten Altenbericht (EAfA Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD)

Ursula Vock, 26. April 2019

***Der Einkommens-GGAU der Frauen**
Mascha Madörin unter www.denknetz.ch

Geschlechterspezifische Gesamteinkommensunterschiede (GGAU), Übersetzung von «Gender Overall Earnings Gap (GOEG)

Definition: Wieviel Prozent weniger haben erwerbstätige Frauen am Ende des Monats bzw. des Jahres auf ihrem Bankkonto als Männer und wie viel weniger ist auf ihrem AHV- bzw. Pensionskassenkonto. Von Eurostat wird der GGAU-Index auf **44.5 Prozent** (2014) angegeben. Umgerechnet ergibt das grob **110 Milliarden Franken**!

Nicht erfasst sind damit die Erwerbseinkommen über 65 und die Rentenunterschiede. Die Zahlen dafür liegen jedoch in ähnlicher Höhe. Bei der AHV dank der Betreuungsgutschriften sind die Unterschiede gering, dafür bei der PK 63 Prozent und bei der dritten Säule 54 Prozent.

Gründe für diesen immensen Lohnunterschied liegen zu einem Viertel bei den Lohnunterschieden zwischen Frauen- und Männerberufen und **zu drei Vierteln bei der sozialen Arbeitsteilung.**

Wenn den Frauen in der Schweiz die unbezahlte Arbeit bezahlt würde, die sie mehr leisten als die Männer, käme man der Geschlechtergerechtigkeit wesentlich näher. (2014: über 80 Milliarden Franken).

Aber: In der Sorge- und Versorgungswirtschaft kann **nicht die gleiche Arbeitsproduktivität** erreicht werden wie in der industriellen Güterproduktion (wo das heute auch nur noch beschränkt gilt).
Und: Wer auf Sorge-Dienste angewiesen ist, hat eine **beschränkte Kaufkraft** (z.B. kranke Rentner für Hilfe im Haushalt, Pflege etc.)

Ein grosser Teil der Löhne im europäischen Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen wird zudem staatlich oder kollektiv durch Krankenkassen finanziert – das führt in diesen Bereichen zu Kostensteigerungen. Vor allem Frauen arbeiten in den Erwerbssektoren der Sorge- und Versorgungs-«Industrie» und zunehmend auch in der öffentlichen Verwaltung. Für die finanzielle Gleichstellung von Frauen und Männern hängt darum sehr viel von den Staatsausgaben im Bereich der Care-Ökonomie ab.

Lösungsansätze:

a) Skandinavische Länder investieren viel mehr Geld in bezahlte Care-Arbeit (und, Anmerkung von UV, sie ermöglichen mit der Elternzeit auch eine geschlechtergerechtere Verteilung von Familienarbeit). Der GGAU beträgt z.B. in Schweden «nur» 26 Prozent.

b) Der Staat wird viel mehr Arbeit im Sorge- und Versorgungssektor finanzieren oder subventionieren müssen um Gleichstellung zu erreichen.
   Die Löhne im Sorge- und Versorgungssektor müssen denen in anderen Wirtschaftssektoren angeglichen werden. Auch das Volumen der Leistungen wird zunehmen müssen, wegen der grösseren Zahl pflegebedürftiger Menschen.
   Die Folgen der Verschiebung der Beschäftigung in die Sorge- und Versorgungswirtschaft sind noch unklar in Bezug auf die Kaufkraft, die Steuereinnahmen und das BIP.

c) Der Zusammenhang zwischen Markt, technischem Fortschritt und Wettbewerb funktioniert auch sonst nur noch beschränkt. Im Gesundheitswesen funktioniert er nur als «Kostenwettbewerb».d.h. die Kosten müssen beständig gesenkt werden. Das ist fatal.

Forderungen:

1. Es braucht eine intensive wirtschaftspolitische Diskussion über die Zukunft der Sorge- und Versorgungswirtschaft. Und auch zur Gleichstellungspolitik. Ökonomische Zusammenhäng müssen geklärt werden, es braucht Daten und Forschung.
2. Der GGAU muss regelmässig vom Bundesamt für Statistik ausgewiesen werden.
3. Bezahlbare Kinderkrippen und die Alten- und Langzeitpflege müssen ausgebaut werden. Die Mindestlöhne in diesen Bereichen müssen angehoben werden.
4. Auch bei der PK braucht es eine Rente für Kindererziehen und Betreuung und Pflege von Kranken – damit Menschen, die diese Arbeiten übernehmen, nicht bis an ihr Lebensende dafür wirtschaftlich bestraft werden.
5. Es muss mehr unbezahlte Arbeit bezahlt werden als bisher. U.a. Lohn für Hausarbeit.
6. ***Die unbezahlte Arbeit muss unbedingt in die politischen Überlegungen mit einbezogen werden, weil es diese grosse notwendige unbezahlte Arbeit gibt und sie nur beschränkt reduziert werden kann***.
7. Sparbemühungen bei den Staatsausgaben sind schädlich und ökonomischer Unsinn für das Gesundheits-, Sozial- und Bildungs- und Sozialversicherungswesen.
8. Es muss über gerechte Löhne und Preise im Sorge -und Versorgungssektor öffentlich und demokratisch diskutiert werden. Es

gibt hier nur: Anständige Löhne und hohe Preise – oder niedrige Preise und unanständige Löhne. Darum: Überall dort, wo es viel Arbeit braucht und wo diese zu «teuer» wird, muss sie öffentlich finanziert werden. Das gilt auch für die landwirtschaftliche Nahrungsproduktion, das Gastgewerbe, sorgfältigen Journalismus, seriöse (=unabhängige Forschung), und einen ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Ursula Vock, 26. April 2019